

Wir verstehen durchaus die Auffassungen britischer, französischer, italienischer und anderer Kaufleute, die die Anwendung der berüchtigten Hallstein-Doktrin auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit als den Versuch der Bonner Regierung ansehen, den Handel ihrer Länder mit der DDR zu beeinträchtigen.

Sie sollten diese Einmischung der westdeutschen Regierung in ihre inneren Angelegenheiten nicht länger dulden und in ihrem eigenen Interesse auf ihre Regierungen einwirken, damit normale wirtschaftliche, kulturelle und politische Beziehungen zwischen unseren Staaten hergestellt werden.

Die Regierung ist der Ansicht, daß es an der Zeit ist, die souveräne DDR als gleichberechtigtes Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen und — soweit dies noch nicht der Fall ist — auch in andere internationale Organisationen aufzunehmen. Das würde einerseits dem Prinzip der Universalität der UN-Charta Rechnung tragen, andererseits der DDR neue Möglichkeiten geben, ihre Bereitschaft zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit noch mehr unter Beweis zu stellen. Die Verwirklichung dieser Forderungen ist um so dringlicher, als die Deutsche Demokratische Republik der Staat des Friedens und des Rechts auf deutschem Boden ist. Die DDR ist der rechtmäßige deutsche Staat,

weil sie in völliger Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen Militarismus und Faschismus für immer ausgerottet hat,

weil sie den Frieden zum obersten Prinzip ihrer Politik erhoben hat und konsequent für die friedliche Koexistenz eintritt,

weil sie zu allen Staaten freundschaftliche, gleichberechtigte Beziehungen anstrebt,

weil sie eine antiimperialistische, antikolonialistische Politik vertritt.

Ich versichere dem Hohen Haus, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auch in Zukunft alle ihre Kräfte für eine weitere Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz einsetzen wird.